

Fehlender Wohnungsbau trifft Menschen mit Einschränkungen hart

Von Mirko Hertrich

Die Baupreise explodieren, es wird weniger neu gebaut. Damit fehlen Wohnungen, die den Bedürfnissen der immer älter werdenden Neubrandenburger besser entsprechen.

NEUBRANDENBURG – In Neubrandenburg steigen wie auch dem Rest der Republik die Baupreise in astronomische Höhen. Neubrandenburgs oberster Stadtplaner Frank Renner sprach jüngst bei einer Veranstaltung zum Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung von Kosten in Höhe von 15 Euro pro Quadratmeter. Der Geschäftsführer der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft, Frank Benischke, nannte gar einen Preis von 18 Euro, die derzeit auf dem freien Markt beim Bau von Wohnungen anfallen, was sich in Neubrandenburg kaum einer leisten könne.

Eine Konsequenz dieser Preisexplosion ist eine rückläufige Tendenz bei Neubauten in der Vier-Tore-Stadt. „Leider ist der Wohnungsbau 2023/24 nicht so von der Quantität realisiert und aktiviert worden, wie wir es gerne hätten“, sagte Frank Renner bei dem Treffen in den Räumen des Behindertenverbands. Eingeladen hatten das Aktionsbündnis 5. Mai, dem die Neubrandenburger Vereine Lebenshilfe, Der Steg sowie der Blinden- und Sehbehindertenverein MV, der Deutsche Schwerhörigenbund (Ortsverein Seenplatte) und der Behindertenverband Neubrandenburg sowie die Hochschule Neubrandenburg angehören.

Der Geschäftsführer des Behindertenverbands, Markus Vohs, befürchtet, dass gerade Menschen mit Behinderung Leidtragende dieser Entwicklung sein könnten. Wissenschaftler gingen davon aus, dass in Deutschland



Ein Bad mit Tageslicht und ausreichend Platz für Menschen mit körperlichen Einschränkungen finden Mieter in den neuen Wohnungen der Neuwoges in der Badstüberstraße in der Innenstadt. FOTO: MIRKO HERTRICH

alleine 300.000 rollstuhlgerechte Wohnungen fehlten, gab er zu bedenken. Er geht davon aus, dass der Bedarf bei angepasstem Wohnraum noch um ein Vielfaches höher ist, auch wenn der rollstuhlgerechte Ausbau angesichts der demografischen Entwicklung in der Stadt besonders akut sei.

Nach den Worten des Geschäftsführers ist barrierefreies oder -armes Wohnen eine Grundvoraussetzung dafür, die Selbstbestimmung von Menschen so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Wenn Rollstuhlfahrer beispielsweise in ihren Wohnungen nicht mehr alleine auf die Toilette gehen oder die Wohnung verlassen könnten, sei das eine Einschränkung ihrer Teilhabe. Als Alternative bleibe dann oft nur, sich in eine stationäre

Pflegeeinrichtung zu begeben. Die beiden großen Vermieter Neubrandenburgs hätten sich vor Jahren eine Selbstverpflichtung gegeben, bei Neubauten grundsätzlich barrierefreie sowie -arme Wohnungen mitzuplanen, erinnerte Markus Vohs bei der gut besuchten Veranstaltung. Neuwoges-Geschäftsführer Frank Benischke versicherte, dass das kommunale Unternehmen weiter zu der Selbstverpflichtung stehe. Nach wie vor werde überall, wo es machbar sei, barrierearm oder -frei sowie teils rollstuhlfahrergerechte Wohnungen gebaut.

Vor der Wende habe es in Neubrandenburg im Altbestand 188 „halbwegs barrierefreie“ Wohnungen geben, seit der Wiedervereinigung seien 124 solcher Wohnungen neu gebaut worden. Wei-

tere würden demnächst fertiggestellt oder seien in der Planung, wie etwa in der Badstüberstraße in der Innenstadt. Diese Wohnungen seien allerdings überwiegend den Mietern des zum Abriss vorgesehenen Hochhauses in der Waagestraße vorbehalten.

Auch im Bestand des Wohnungsunternehmens würden viele Anpassungen vorgenommen. So würden beispielsweise in der Horst-Jonas-Straße in der Südstadt Fahrstühle nachgerüstet, die auf der vollen Etage hielten, so dass nicht mehr die halbe Treppe auf dem Weg zur Wohnung dazwischen liege. Für viele Einschränkungen gebe es einen ganzen Katalog von kleineren Anpassungen, die möglicherweise bei vielen Menschen auch ausreichten, sagte der Geschäftsführer.